Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1823

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Ermittlungen über noch nicht heimgekehrte deutsche Kriegsgefangene.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, unverzüglich einen Arbeitsstab zu bilden, der die Aufgabe hat, alle Ermittlungen und Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Namen der noch nicht heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen unterbreiten zu können. Der Arbeitsstab ist mit Vollmachten und Mitteln auszustatten, die gewährleisten, daß bis zum 30. April 1951, dem von der 5. Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Berichterstattung allen Regierungen gestellten Termin, ein umfassendes Unterlagenmaterial fertiggestellt und überreicht werden kann, das Aufschluß gibt über

a) die Kriegsgefangenen, die noch nicht heimgekehrt sind (einschließlich der in der Kriegsgefangenschaft zu Strafen Verurteilten),

b) die Vermißten,

c) die verschleppten Zivilpersonen,

d) die Lager und Gefängnisse, in denen deutsche Kriegsgefangene und Zivilverschleppte untergebracht sind oder waren.

Der Arbeitsstab soll die Bemühungen aller mit Ermittlungsarbeiten befaßten Behörden koordinieren und die Mithilfe sämtlicher in Frage kommender privater Organisationen und Einrichtungen in Anspruch nehmen, damit in gemeinsamer Anstrengung Namensverzeichnisse und Statistiken, die allen Anforderungen gerecht werden, ausgearbeitet werden können. Eine zentrale Auskunftsstelle des Arbeitsstabes steht der Presse mit sachdienlichen Auskünften zur Verfügung.

Bonn, den 23. Januar 1951

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 36
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1